

**Gegenstand: Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt zur Erbringung des Eigenanteils am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF)  
Vorlage: 0790/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Einleitung in diesen Themenkomplex erfolgt durch den Vorsitzenden. Er gibt einen historischen Abriss zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe KEF, die mit Mitgliedern der Fraktionen und der Verwaltung besetzt war.

Die Erbringung des Eigenanteils am KEF-Budget (ca. 1,8 Mio. €) basiert im Wesentlichen auf Einnahmenerhöhungen auf der Ertragsseite und nur im geringen Umfang durch Streichungen. Er verweist auf den Inhalt der Vorlage, die nach Kontenarten strukturiert ist und das Ergebnis der Arbeitsgruppensitzungen abbildet.

3 Punkte sind aufgelistet, die bereits in die Konsolidierung eingebracht werden könnten. Neben Straßenreinigung/Winterdienst und Gebührenanpassung Wochenmarkt ist dies auch die Fremdenverkehrsabgabe (FKA). In diesem Zusammenhang verweist er auf Neustadt, das schon seit 20 Jahren eine FKA erhebt (220-250 t€/p.a.). Die Einnahmen daraus können jedoch nicht zur Gänze in den KEF eingebracht werden, sondern nur rund zu einem Drittel. Personalkosten können ebenfalls nicht im KEF verrechnet werden.

Die nach Abschluss der Arbeitsgruppenarbeit vorgelegten Prüf-Hinweise der SPD konnten im Vorfeld der Sitzung nicht mehr schriftlich beantwortet werden; die schriftliche Beantwortung erfolgt mit dem Protokoll. Zu den einzelnen Positionen erläutert er u.a. mündlich:

- Start- und Landegebühren Flugplatz      keine KEF-Relevanz, weil FSL keine Dividenden ausschüttet und Stadt nur mittelbar (über VBS) beteiligt ist.
- Schankerlaubnissteuer      wurde in der Vergangenheit wegen Erhebungsaufwand abgeschafft, weil nicht kostendeckend.
- Spielautomatensteuer      wurde bereits beschlossen (10.05.2012)
- Parkgebühren      wurde bereits beschlossen (10.05.2012)
- WES      hat lediglich 270.000 € Gewinnrücklage für Investitionen; Auszahlung daher nicht angezeigt; keine Dividendenzahlung.
- Objekt Ludwigstr. 13      seit 10 Jahren vergeblicher Versuch einer Veräußerung; nun Versuch der energ. Sanierung und Nutzung.
- Objekt Gebäude  
Stiftungskrankenhaus      derzeit noch in Nutzung durch Diak-/Stiftungskrankenhaus. Nach Neubau Nutzungsprüfung. Gebäude gehört der BüHo und nicht der Stadt.
- Gehaltsverzicht OB      nach Beamtenrecht nicht KEF-relevant. Er verweist auf den bereits erfolgten Verzicht der Höherstufung von OB und Bgm'in. Personalumschichtung in den Vorzimmern; daraus resultiert die Einsparung einer 0,75 Stelle

Das KEF-Paket sollte möglichst unverändert beschlossen werden, da es lediglich eine Verhandlungsbasis darstellt. Aus den Erfahrungen anderer Kommunen ist bekannt, dass die ADD mit Streichungen und Veränderungen reagieren wird. Das endgültige Paket und der eigentliche Vertrag werden dann dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Rottmann führt aus, dass die Teilnahme am KEF auf Antrag der CDU (Aufnahme von Gesprächen) vom November 2010 mit Ergänzungen der Grünen in 2011 beschlossen wurde. Er spricht bewusst nicht von einem "Entschuldungs"-Fond, denn dies würde eine Entschuldung suggerieren, die tatsächlich so nicht stattfindet. Er betrachtet den KEF nur als ersten Schritt und stellt den Vergleich an, dass der Stadt, der das Wasser derzeit bis zum Hals steht, dieses danach noch bis zur Brust reichen wird.

Das Land greift bei seinem 2/3-Anteil auf Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zu, daher muss am KEF teilgenommen werden, da sonst auf diese Zuweisungsmittel verzichtet werden muss.

Die Kürzungen sollen seiner Meinung nach auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Auch der Rat verzichtet auf einen Teil der persönlichen Aufwandsentschädigung. Die CDU beantragt die Aufnahme von zwei weiteren Maßnahmen in die Liste:

- Wegfall Zuschuss zur Domsanierung PN 52300 (108.750 €),
- Aufnahme der Effekte aus der Übertragung der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke (bereits seit 2008 – jährlich 50.000-70.000 €).

Weitere wichtige Punkte aus den CDU-Vorschlägen (mit längerfristiger Wirkung) sind:

- Zusammenlegung von Abteilungen (Personaleinsparungen in der Leitung)
- Schülerbeförderung - Gymnasium, 50 % auswärtige Schüler, ohne dass die Herkunftsgemeinden einen entsprechenden Anteil übernehmen. Das durchschnittliche Defizit der Gymnasien beträgt rund 800 € pro Schüler (ohne Beförderung und Zinsen); über den Finanzausgleich erhält die Stadt jedoch nur rund 240 €. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Er geht davon aus, dass die wichtige Bürgerbeteiligung unmittelbar im Anschluss an diese Sitzung erfolgen wird.

Herr Jaberg spricht von einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommune, die an sich mit diesem Paket nicht gelöst werden wird. Allerdings wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Zwang des drohenden Mittelverlustes zustimmen. Es handelt es sich um moderate Einsparungen, die aber trotzdem schmerzhaft sind, z.B. im Bereich Sportvereinförderung, wo viele ehrenamtliche Leistungen erbracht werden. Er sieht die Kommunen als Opfer einer übergeordneten Politik, die bei den vielen zusätzlichen Aufgabenübertragungen nicht die entsprechenden finanziellen Ausgleichsmittel zur Verfügung stellt.

Angesichts der fraktionsinternen Diskussion um die Fremdenverkehrsabgabe (FKA), mit Bezug auf die von den Grünen geforderte Übernachtungssteuer, bittet er um Herausnahme dieses Punktes vor der Entscheidung, da noch interner Beratungsbedarf besteht. Der Vorsitzende verweist darauf, dass die FKA dem Konsolidierungsteil zugeordnet ist; die Einführung einer Übernachtungssteuer ist damit per se noch nicht ausgeschlossen.

In der SPD wurde der Konsolidierungspakt laut Herrn Pade intensiv von allen Seiten beleuchtet. Das Ergebnis ist, dass es sich keiner leisten kann, auf die Landeszuwendungen zu verzichten. Richtig ist jedoch auch, dass die Stadt danach nicht schuldenfrei sein wird. Er übt grundsätzliche Kritik an der Langfristigkeit der Entscheidungen (15 Jahre), weil man heute kaum 5 Jahre vorausplanen kann. Allerdings wird man auch den Blick in die Zukunft

auf die nachfolgenden Ratsmitglieder richten müssen, die u.U. dankbar sind für diese Entscheidungen. Allein bei den Zinszahlungen können damit mehr als 2 Mio. € jährlich gespart werden.

Unterschiede sieht er allerdings in der Bewertung der Maßnahmen. Die Verwaltung sollte die eine oder andere nochmals überdenken, so z.B. bei den Einschnitten bei Frauenhaus, Nottelefon und Schuldenberatung. Bei den Positionen handelt es sich um insgesamt 14.500 €, die evtl. auch mit Postenverschiebungen finanziert werden könnten.

Bei einer Beschlussfassung am 28.06.2012 bleiben nun lediglich 10 Tage für eine Bürgerbeteiligung, was der SPD etwas kurz erscheint. Er schlägt daher vor, den Nachtragshaushalt 2012 zu beschließen, den Beschluss der KEF-Kriterien aber abschließend erst in der August-Sitzung zu fassen. Der Vorsitzende wendet ein, dass es sich bei dem Vorgang es sich um einen sog. "working progress" handelt, einen Prozess, der mit laufender Bearbeitung fortschreitet. Ein erster Pressetermin zur Öffentlichkeitsbeteiligung hat bereits stattgefunden. Er unterstreicht aber die Dringlichkeit der Gespräche mit der ADD, da bisher noch nicht einmal der Basis-Haushalt 2012 genehmigt ist und auch andere Kommunen noch keinen unterschriebenen KEF-Vertrag haben. Die Bürgerbeteiligung wird parallel zu den Verhandlungen stattfinden. Bisherige, schon recht zahlreiche Bürgerresonanzen zeigen deutlich in die Richtung: "einsparen ja – aber bitte hier nicht".

Frau Tabor appelliert nochmals, die Kürzungen bei den genannten Leistungen für soziale Träger in jedem Fall zurückzunehmen. Sie möchte niemanden gegeneinander ausspielen, aber dort wird intensive und effektive Arbeit geleistet.

Der Vorsitzende wiederholt, dass der Puffer für die Gespräche mit der ADD ausgesprochen gering ist. Sofern ein Überschuss herausgehandelt werden könnte, kann man an der einen oder anderen Stelle nachbessern.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass alle seine Vorredner den so genannten "Kommunalen Entschuldungsfond" als nicht ablehnbares Angebot bezeichnet haben; solche Klassifikationen sind ihm immer verdächtig. Er bezeichnet kommunale Verschuldung als asozial, bedingt durch eine Politik der Senkung von Steuern für Gutverdienende zu Lasten der Allgemeinheit von Bund und Land, die das zu vertreten haben. Aber auch die Stadt selbst hat Verantwortung dafür, z.B. durch Grundstücksverzichte zu Gunsten des 'Flughafens' und durch eine verfehlte Schulpolitik (Aufnahme von Schülern aus den Umlandgemeinden an Speyerer Gymnasien (Quote Auswärtige > 50 %), ohne entsprechenden Finanzausgleich durch die entsendenden Kommunen).

Die Einnahmeerhöhungen dieses "Sparpaketes" werden im Wesentlichen abgelehnt, mit Ausnahme der Grundsteuer, ebenso wie sämtliche Kürzungen. Er signalisiert eventuelle Zustimmung der BGS zur Fremdenverkehrsabgabe, um die ungerechtfertigten Steuersenkungen des Bundes für Hoteliers auszugleichen. Außerdem müssen die Kommunen endlich das Konnexitätsprinzip zur Schulbuchausleihe vom Land einfordern.

Herr Roßkopf zeigt sich fassungslos ob der Rhetorik seines Vorredners, der selbst von Steuergeldern lebt und noch mehr Steuern fordert. Die SWG-Fraktion war lange kritisch gegenüber diesem Paket, wird aber zwangsläufig zustimmen. Er selbst sieht aber auch eine Chance darin, umzudenken und das Ausgabeverhalten zu verändern. Der kommunale Haushalt ist seines Erachtens längst kein Wunschkonzert mehr. Er betrachtet auch die Mischfinanzierung von Projekten mit Bund und Land kritisch, so z.B. die beschlossene

Renaturierung des Woogbachtals. Als weiteres Thema hinterfragt er das (Bundes-)Projekt Lernen vor Ort, zu dem die SWG kürzlich eine Anfrage gestellt hatte. Die Kritik zur wenig erfolgreichen "langen Nacht der Bildung" war in der Presse zu lesen. Auch zum geplanten S-Bahn-Haltepunkt Süd fordert er intensive Kosten-Nutzen-Betrachtungen.

Bei der Zusammensetzung der KEF-Arbeitsgruppe findet er es bemerkenswert, dass 14 öffentlich Bediensteten lediglich 2 Personen gegenüber saßen, die ihr Geld nicht aus Steuermitteln verdienen; er persönlich musste eine zusätzliche Person in seinem Betrieb beschäftigen, um an den Gesprächsrunden teilnehmen zu können.

Wie Herr Rottmann wird auch durch ihn das "Rasenmäherprinzip" bei den Streichungen befürwortet, um alle gleichmäßig zu belasten. Kritisiert wird ein gewisser Lobbyismus in Speyer.

Herr Dr. Jakumeit erinnert sich an harte, sachliche Diskussionen in der KEF-Arbeitsgruppe. Hätten mehr Ratsmitglieder daran teilgenommen, wäre so manche langatmige Ausführung an dieser Stelle nicht notwendig gewesen. Bei allen Bemühungen um eine Konsolidierung des Haushalts bewertet die FDP den KEF jedoch als eine "Vergeblichkeitsfalle", im Wesentlichen durch Einnahmeerhöhungen finanziert.

Die Linke lehnt den KEF durch Herrn Förster definitiv ab. Einsparungen bei Vereinen und im sozialen Bereich sind nicht vertretbar; ebenso Personalkürzungen wie die oben angesprochene Stelleneinsparung durch Umschichtung. Deutschland ist im europäischen Vergleich immer noch ein Niedrigsteuerland. Zudem gefährdet der KEF die kommunale Selbstverwaltung, da keine Möglichkeit mehr für den Stadtrat besteht, souverän über die örtlichen Finanzen zu bestimmen. Schulden für Investitionen in die Jugend und deren Zukunft sind nach seiner Ansicht vertretbar. Die Linke sieht eine Erhöhung der Spitzensteuer, der Erbschaftssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer als Möglichkeiten zur Refinanzierung der Kommunen. Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die genannten Steuern nicht im Kompetenzbereich der Städte und Kreise liegen.

Herr Röbosch erklärt, einen Verzicht auf mehr als 3,5 Mio. € könne sich die Stadt nicht leisten. Man ist nach 15 Jahren zwar nicht schuldenfrei, aber man hat weniger Schulden. Einnahmeerhöhungen und Kürzungen müssen immer die Bürgerinnen und Bürger bezahlen, daher wenden sich die Republikaner gegen jede Art von Erhöhungen. Allerdings wird er unter dem Eindruck der Zwänge dem KEF zustimmen.

Herr Rottmann wirft ein, dass die Erhöhung des Spitzensteuersatzes den Kommunen nichts bringt, da die Zuweisungen aus der Einkommenssteuer gedeckelt sind. Herr C. Ableiter hingegen ist der Meinung, dass sich die SWG in den letzten Jahren sehr wenig für die heute propagierten Sparmöglichkeiten eingesetzt hatte; entgegen der CDU-Auffassung kommen nach seiner Ansicht Steuereinnahmen mittelbar über den Landestopf auch den Kreisen und Städten zu Gute.

Der Vorsitzende ruft zur Rückkehr zur Tagesordnung auf.

Auch Herr Pade weist darauf hin, dass der Stadtrat von den Speyerern gewählt wurde, um die kommunalen Geschicke zu lenken und nicht um bundespolitisch zu debattieren. Kommunalpolitik ist nun einmal leider oftmals auch Kirchturmpolitik, die sich an den örtlichen Bedürfnissen orientieren muss.

**Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 mit dem  
Nachtragshaushaltplan der Stadt  
Vorlage: 0804/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass die Mittelzuwendungen aus dem KEF im Nachtragshaushalt bereits berücksichtigt und eingearbeitet sind. Haushaltstechnisch ist 2012 ein gutes Jahr mit Blick auf die sehr positive Entwicklung der Gewerbesteuer-einnahmen. Aufgrund einer Verbesserung von rund 9 Mio. € ist der Nachtragshaushalt nicht genehmigungs- sondern nur anzeigepflichtig. Dieser Umstand ist jedoch fast ausschließlich der guten Einnahmesituation geschuldet.

Einige Fragen der CDU-Fraktion konnten vorab schon schriftlich ausgeräumt werden. Der Stadtrat nimmt den Entwurf des Nachtragshaushaltes ansonsten ohne weitere Wortmeldungen zur Beschlussfassung in der kommenden Ratssitzung zur Kenntnis.

25. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung KEF) der Stadt Speyer am 19.06.2012



25. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung KEF) 19.06.2012 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!